

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72204 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Taubner Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Taubner Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Blankverschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Pfg. Inzerate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Blankverschrift 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Pfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Abrechnung mit Mussolini.

Er ist nur ein Caligula.

Berlin, 9. Februar.

Während wohl die Mehrheit des deutschen Volkes mit den Grundgedanken einverstanden ist, wie sie vom deutschen Außenminister, vom Genossen **Stamper** und in würdigen Worten vom Präsidenten **Löbe** am Schlusse der Sitzung für den Verkehr der Völker untereinander und die Tolerierung von Minderheiten in einzelnen Ländern betont wurden, gibt es doch auch Gruppen im Reichstage, die diese Grundgedanken heftig bekämpfen und Mussolini entweder direkt verteidigten oder seine Gewaltpolitik als gerechtfertigt oder mindestens als verständlich erklärt haben: Es sind dies die **Deutschnationalen**, die **Kommunisten** und die **Bölkischen**. Nichts wäre verfehlter, als nun so zu tun, als hätte es gegenüber den unerhörten Angriffen und Beleidigungen, die sich Mussolini Deutschland gegenüber geleistet hat, eine einzige geschlossene und entschlossene Abwehrfront im Reichstage gegeben. Möchten die Herren **Dr. Spahn**, **Stöcker** und **Reventlow** von ganz verschiedener Auffassung ausgehen, ihre Ausführungen seien doch auf eine Rechtfertigung Mussolinis hinaus. Daß es Deutschnationale und Bölkische sind, die die Einheitsabwehrfront durchdragen, sie, die doch sonst nicht genug darüber zu zeternd wissen, daß das deutsche Volk gegen das Ausland nicht einig aufzutreten wisse, ist ein blutiger Witz der Geschichte und wird vielen ihrer Anhänger und Nachläufer die Augen über den immer gepredigten Grundsatz öffnen: Das Vaterland über die Partei! Daß diese Lehre zahlreichen Zuhörern gleich an Ort und Stelle gegeben wurde, hat besonderen Wert. Die zahlreich erschienenen ausländischen Vertreter werden sich über diesen beispiellosen Vorgang ihre besonderen Gedanken machen und wohl auch entsprechend nach Hause berichten. Die deutschnationale Fraktion hat durch ihren Sprecher, **Dr. Spahn**, klar und deutlich erklärt lassen, sie habe mit der Abwehraktion der Regierung gegen Mussolini nichts zu tun; er lagte ausdrücklich, seine Fraktion sei dadurch in eine unangenehme Lage gekommen, daß sich die Regierung bei ihrem gestrigen Verlangen auf die deutschnationale Interpellation bezogen habe; für sie gelte es jetzt eine deutliche Scheidelinie zu ziehen, den ursprünglichen Stand wiederherzustellen und zu erklären, die Interpellation sei von ihr nicht vor allem wegen der deutschen Minderheit in Südtirol, sondern wegen deutschen Minderheiten in andern Ländern eingebracht worden. Das ist auch für diejenigen deutlich, die geglaubt haben, die deutschnationale Seele lasse wegen der Leiden, die die sozialistische Gewaltpolitik den Deutschen in Südtirol zufügte. Wir tabeln hier nicht und erheben gegen die Deutschnationalen auch keine Vorwürfe, wir stellen mit ihren eigenen Worten nur ihre Politik fest, was zur Aufklärung über deren „vaterländische“ Politik und deren Verhalten genügen wird.

Noch weiter als die Deutschnationalen gingen ihre radikalen Freunde, die Bölkischen, für die **Reventlow** sprach. Der Tenor seiner Ausführungen war: Möchte doch Deutschland auch einen solchen Mann wie Mussolini haben, der so schneidige Kriegsschritte hält, dann stände es um Deutschland entschieden viel besser. Um den Gegenstand noch schärfer herauszuarbeiten, unterstellte **Reventlow** **Stresemann**, dieser habe mit seinem Angebot im Februar 1925 die Deutschen Elß-Lothringens absichtlich an Frankreich ausgeliefert. Noch schwerere Vorwürfe sind wohl kaum möglich. Selbstverständlich fehlte auch die Kampfrede gegen **Locarno**, Völkerverständigung und Friedenspolitik nicht. In diesem Punkte befand er sich in voller Übereinstimmung mit dem deutschnationalen und dem — kommunistischen Redner. Sie alle sind mit ihrem Latein am Ende, wenn an die Stelle der Gewalt die Vernunft tritt. Zu welcher grotesken Gedankengängen die Bölkischen fähig sind, zeigte **Reventlow** mit den Sähen, Frankreich und England ständen auf Seiten Mussolinis, in Deutschland gebe es eine Minderheit, die sogar Vorrechte vor der Mehrheit habe, das seien die Juden. Diesen müßten die Vorrechte genommen und sie selbst in ihr Heimatland Palästina verwiesen werden. Als Beweis dafür, daß Frankreich auf Mussolinis Seite steht, zitierte der Redner den — **Tempus**. Freilich wurde er wegen dieses Unsinnus ausgelacht, das kostete ihn keine Minute an.

Wer etwa bestreiten möchte, daß Kommunisten und Bölkische in dieser außerpolitischen Frage nicht übereinstimmen, dem sei nur er eine Satz **Stöckers** wiederholt, daß **Chamberlain**, **Briand** und **Mussolini** ein Herz und eine Seele seien. Auch sonst waren dessen Darlegungen eine förmliche Verteidigung Mussolinis. So sagte er mit besonderem Nachdruck: Mussolini müsse so handeln, er sei doch nur der Beauftragte der italienischen Bourgeoisie. Die wüste Hetz- und Beleidigungsrede hat Mussolini nach **Stöcker** gehalten, um Krieg anzuknüpfen und damit seine innerpolitische Lage zu bessern. So plausibel dies klingen mag, so falsch ist es trotzdem, denn mit solchen schablonenhaften Bemerkungen erklärt man weder die augenblickliche politische Lage Italiens,

noch die europäische. Was die Übereinstimmung Mussolinis mit **Briand** und **Chamberlain** anlangt, so wird sich bald herausstellen, wie es damit aussieht. Wenn wir heute die Politik dieser drei Gruppen gleich am Anfang etwas deutlich gezeigt haben, so vor allem deswegen, um auch unsern Lesern die Möglichkeit zu verschaffen, sich ein eigenes Urteil darüber zu bilden, was jene Kreise in einer Lage wie der gegenwärtigen unter geschlossener Abwehr auf Angriffe von außen verstehen und was das deutsche Volk von ihnen zu erwarten hat, wenn sie in Deutschland die Herrschaft erlangen.

Die Regierungsparteien gaben durch den Volksparteiler **Dr. Scholz** eine gemeinsame Erklärung ab, worin sie sich mit der Rede **Stresemanns** und der Haltung der Regierung einverstanden erklärten; an der Aussprache beteiligten sie sich nicht.

Die Blätter der Regierungsparteien haben sich die heutige Aktion so wundervoll gedacht, nach ihnen war ein Zweifel an der geschlossenen Einheitsfront sämtlicher Parteien des Reichstages kaum denkbar. Alles kam jedoch anders. Nicht nur **Stresemann** trat mit dem Anspruch hervor, er wisse sich in der Abwehr mit dem ganzen Volke eins, auch sein größter Antipode **Reventlow** behauptete im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Die Rede **Stresemanns** ist ihrem Inhalte nach eine wirkliche Abwehr auf die Frechheiten Mussolinis, sie wurde mit tiefem Ernste vorgetragen und mehrmals durch spontanen Beifall ausgezeichnet. Die Größenwahnsinnigkeiten, mit denen Mussolini über die Deutschen glaubte höhnen zu können, wurden von **Stresemann** gekennzeichnet, indem er ihnen Aussprüche desselben Mannes aus dem Jahre 1920 gegenüberstellte, die Deutschlands Kultur hoch lobpreisen. Was **Stresemann** dann über den Schutz nationaler Minderheiten sagte und dabei das Versprechen des italienischen Königs und der italienischen Minister beim Friedensschluß von **Saint Germain** an die Deutschen in Südtirol wörtlich anging, war schlagend und eindrucksvoll. Wenn nur Teile des italienischen Volkes diese Abwehrworte erfahren sollten, so werden sie sie mit Beschämung lesen. Das so heilig gegebene Versprechen kann kein Mussolini mit den Worten vom Italienisieren aus der Welt schaffen. Sehr fein hat **Stresemann** auch Mussolinis Beschwerde darüber abgetan, daß die deutsche Regierung der Presse nicht verbiete, Angriffe gegen Italien zu richten. Mussolini vergesse eben, daß die deutsche Regierung nicht wie die italienische verfahren könne.

Gegen den bayerischen Ministerpräsidenten **Heid** hätte **Stresemann** aus außen- und innenpolitischen Gründen anders vorgehen sollen; es genügt nicht zu sagen, die Außenpolitik sei Sache des Reiches, das weiß **Heid** auch, und trotzdem hat er sich angemaßt, über außenpolitische Dinge im Landtag eine Rede zu halten, die Deutschland schädigen muß. Hier ist es notwendig, das bayerische Sonderrecht gründlich zu besprechen, wenn nicht im weiteren Verlauf der Dinge noch von dorthat Überraschungen kommen sollen. Diese Aufgabe erfüllte dann **Genosse Stamper** mit seinen Ausführungen gegen **Heid** sehr gut. Es ist anzunehmen, daß mit der heutigen Abwehr die Angelegenheit nicht erledigt ist, sondern daß sie noch eine Weile weitergehen und wahrscheinlich auch noch den Völkerbund beschäftigen wird. Notwendig und richtig war, daß **Stresemann** mit Nachdruck hervorhob, daß der bedauerliche Vorgang zeige, wie notwendig der Völkerbund als die Stelle zu betrachten sei, die der Kriegs- und Gewaltpolitik zu wehren und die Minderheiten zu schützen habe. Die deutsche Regierung hatte nur das Interesse Deutschlands im Auge, als sie jetzt einstimmig den Eintritt in den Völkerbund beschloß.

Berlin, 9. Februar.

Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. In der Diplomatenloge sieht man den englischen Botschafter **D'Abernon** und den österreichischen Gesandten **Dr. Frank**. Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Beratung der von den Regierungsparteien und den Deutschnationalen eingebrachten Interpellation über die Lage in Südtirol. Das Wort ergreift sofort

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gäbe Veranlassung, ihm in der gleichen Weise zu antworten; die deutsche Reichsregierung muß es jedoch ablehnen,

der mehr auf Massenversammlungen als auf die Aussprache mit anderen Nationen berechneten Tonart des italienischen Ministerpräsidenten zu folgen.

Wir wollen vielmehr in aller Sachlichkeit die Vorgänge untersuchen. Die Tatsache, daß Südtirol Italien zugesprochen ist, wird von uns anerkannt, die italienische Souveränität in diesem Gebiet ist von uns stets respektiert worden und wird immer respektiert werden. Diese politische Rechtslage erschöpft aber nicht die Gesamtsituation. Es gibt nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral. (Beifall.) Unter lauten Höflichkeit-Rufen verliest der Minister dann die verschiedenen feierlichen Versicherungen des Königs von Italien und der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Besitzergreifung Südtirols durch Italien

der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schulwesens in Südtirol zugesagt wurde. Im Gegensatz zu allen diesen Zusicherungen hat das faschistische Regime eine bewußte Italienisierung und Entdeutschung Südtirols vorgenommen. Ueber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Öffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und verstellte Einzelnachrichten, wie die von einem Demos von Weihnachtsbäume und der geplanten Beseitigung des Denkmals **Wallers** von der Vogelweide in **Bozen**. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fern steht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Vermutung geäußert worden, daß solche falschen Nachrichten absichtlich von Propagandateuren verbreitet würden. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtstand der Italienisierung Südtirols. (Sehr wahr!)

In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden. Hinter dieser Bewegung stehen weder die bayerische Regierung noch deutsche amtliche Stellen. Ich halte es für durchaus unangebracht, wenn einige Duzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können.

Diese reine Privatbewegung von unverantwortlichen Leuten hat den italienischen Ministerpräsidenten veranlaßt, dem deutschen Botschafter gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren verbiete und zum Boykott Deutschlands auffordern würde, wenn derartige Bestrebungen nicht aufhören.

Ich halte es für ein unmögliches Vorgehen, die von der Regierung gemißbilligte Bewegung unverantwortlicher Kreise mit dem Druck internationaler handelspolitischer Abmachungen beunruhigen zu wollen. Wie an anderen Staaten, so ist auch an uns die Frage gerichtet worden, wie wir uns zu einer Revision der Brenner Grenze stellen. Unsere Antwort war selbstverständlich die, daß wir für eine solche Frage nicht die richtige Adresse sind. Oesterreich, nicht wir, grenzt an Italien. Wir achten Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, daß unsern und Oesterreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Wirksamkeit hinein die Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 erfahren. Wir können uns auch nicht der Meinung verschließen, daß es zweierlei Grenzen in Europa gibt, solche, die vertraglich garantiert und solche, die labil sind. Das, was hier der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommener Unsinn. Die deutsche Selbstlosigkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathie entgegengebracht. Das hat sich erst geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols sich immer mehr verstärkten.

Wenn Herr Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Befehl der deutschen Regierung zurückzuführen, so vergißt er, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann.

Das Reichskabinett hat gestern den Eintritt in den Völkerbund beschlossen und ist darin bekräftigt worden durch die Mussolini-Rede. Diese Rede fordert nicht nur die Entdeutschung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung aufgefaßt worden gegen Deutschland und Oesterreich. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbundes schlechthin unvereinbar, unverträglich mit ihm ist der ganze Ton, die Ueberheblichkeit und Unvollkommenheit von Mussolinis Ausführungen, die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein braucht. (Lebh. Zustimmung.) Mussolini wendet sich gegen die deutschen Touristen und spricht von Mißbrauch italienischer Gastfreundschaft, droht aber gleichzeitig Repressalien an für einen etwaigen Reiseboykott Italiens durch Deutschland. Wenn die Zahl der deutschen Touristen in Italien zurückgeht, so dürfte das nicht die Folge deutscher Maßnahmen, sondern die Folge der Mussolini-Rede sein. (Lebh. Zustimmung.) Mussolini hat einst anders über Deutschland gesprochen. Noch 1920 rühmte er in einer Rede den Wert deutschen Kultur und der deutschen Arbeit für den Wiederaufbau Europas. Mussolini hat zum Anlaß für seine große Aktion die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten **Heid** genommen, ohne den Wortlaut dieser Rede erst abzuwarten. Ministerpräsident **Heid** hat ganz klar nur von der kulturellen Freiheit der Deutschen Südtirols gesprochen.

Wir ersehen es allerdings würdigenwert, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen und im Reichstage gemacht wird.

Man sollte nicht durch Interpellationen die Ministerpräsidenten der Länder in die Zwangslage bringen, über Außenpolitik zu sprechen. Die Verantwortung für die Außenpolitik trägt jedenfalls nur die Reichsregierung. Wir werden im Völkerbund für die nationalen Minderheiten eintreten. Wir haben keine Gegenstände zum italienischen Volk und wollen mit ihm in Frieden leben. Aber zur Grundlage des Friedens gehört auch jene Selbstachtung, ohne die ein Volk vor sich selbst nicht bestehen kann. Neuzere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust innerer Kraft. In diesem Gefühl weise ich die gegen Deutschland gerichteten Drohungen mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebh. Beifall.)

Bei der Besprechung der Interpellation gibt **Abg. Scholz** für die vier Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Ausführungen des Reichsaussenministers überall richtig verstanden werden würden. Die Drohungen und Beleidigungen des Leiters der italienischen Politik seien in einem Augenblick ausgesprochen worden, in dem in Europa eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden sollte. Und das gerade zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland in den Völkerbund eintreten will. Das deutsche Volk stimme den Ausführungen des Ministers vollständig zu. (Bravo!)